

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 5/19

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim

Tel. 0208 - 3899810

Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Die fetten Jahre vorbei? Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben

Schluss mit lustig im deutschen Schlaraffia-Wirtschaftswunderland?

Nach den neuesten Steuerschätzungen müssen Bund, Länder und Gemeinden in den nächsten fünf Jahren mit 124 Milliarden Euro weniger auskommen als noch im November geplant. **Die Summe ist gewaltig!** Die Wirtschaft schwächelt zusehends und das bei zunehmenden Gewitterwolken über dem Himmel der Weltwirtschaft fast überall. Der Spiegel sieht die Exportnation bereits als Auslaufmodell. Egal, wie ernst das zu nehmen ist, eines scheint sicher: **Die Verteilungskonflikte werden sich dramatisch verschärfen.** Das wird auch die bankrotte Stadt Mülheim nicht unberührt lassen, sondern die Probleme verschärfen, denn den letzten beißen bekanntlich die Hunde, oder?

Nicht nur der MH-Sozialetat muss gründlich durchleuchtet werden ...

Die städtischen Rechnungsprüfer haben mit ihrem Bericht zur mutmaßlich in vielerlei Hinsicht mangelhaften, insbesondere überteuerten Vertragsabwicklung von Arbeitsmarkt-Projekten der Sozialagentur anscheinend in ein Wespennest gestochen. Hinter dem Diakoniewerk und der Paritätischen Initiative für Arbeit (PIA) stehen weit vernetzte, stadtgesehliche Größen. Doch auch das darf eigentlich keine Rechtfertigung für viele Jahre Schlampererei sein. Es ist nicht tolerierbar, z.B. 15 Jahre lang keine geordneten Abrechnungen vorzulegen. **Unfassbar!**

Fest in der Freilichtbühne für den Erhalt unserer VHS in der MüGa

am Samstag, dem 25. Mai von 16 bis 22 Uhr

mit Musik, Information, Bildern, Filmen, Essen und Trinken - alles zur Vorbereitung des Bürgerentscheids

Bildung hat ein Zuhause - die VHS in der MüGa!!



Stell Dir vor, es ist Europawahl und kein Schwein interessiert es

Am 26. Mai ist Europawahl, angeblich eine Schicksalswahl für die EU-Zukunft. Da ist nicht nur die leicht absurde Geschichte mit der Wahlteilnahme der Brexitannier. Auch sonst will keine richtige Begeisterung aufkommen, obwohl in Deutschland auf dem ellenlangen Wahlzettel 41 Parteien oder Listen sich zur Wahl stellen. Slogans wie "Kommt zusammen" oder "Europa ist die Lösung" treiben die Massen nicht zu den Wahlurnen. Kennt übrigens jemand Jens Geier, seit 10 Jahren Mülheimer Vertreter im EU-Parlament?



Duisburger Sumpflandschaften auch noch auf Kosten Behinderter

Beim Finanzskandal um die wegen irrwitzig überhöhter Bezüge fristlos entlassene Geschäftsführerin der Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung kommt immer mehr ans Licht. Teure Luxus-Möbel in ihrem Büro am Kalkweg, Fortbildungsveranstaltungen mit reichlich Champagner-Konsum zu 120 € die Flasche, kostspielige Hotelübernachtungen zu 300 € pro Übernachtung, prominente Gastredner für 21.000 € Honorar pro 30-Minuten-Auftritt, kostspielige Berater über viele Jahre, üppige Geschenke an den Aufsichtsrat und weitere ausschweifende Geschäftsessen: Der Skandal um die ex-Geschäftsführerin Roselyne Rogg zeigt das Risiko fehlender Kontrolle.

Auf den folgenden Seiten:

- Kirchtürmelei beim ÖPNV im Ruhrgebiet - ein Stück aus dem Tollhaus S.2
- Das Mülheimer ÖPNV-Desaster und dazu leicht manipulative Medien?..... S. 3
- "Fridays for Future" in Mülheim und die Realitäten vor Ort S. 4
- CO2-Steuer? Noch eine weitere Verbrauchssteuer? Bekämpft Klimagase endlich an den Ursachen! S.4

Einlegeblatt: Ist Mülheim noch zu retten? Mülheimer Kämmerer, ein Trauerspiel in Serie?

Kirchtürmelei im Ruhrgebiets-ÖPNV - ein Stück aus dem Tollhaus



WAZ Essen 27.4.19: **"Mülheims Plan fürs Aus der Linie 104 empört Essens Politik"**

Demnächst Abzweig Aktienstraße als Endhaltestelle für die Linie 104? Wenn die Mülheimer Überlegungen umgesetzt werden, dann wäre damit nach der Kommunalwahl im Sept.2020 Schluss. ESSEN. Pläne der Mülheimer Politik, mit der Straßenbahn 104 eine der we-

nigen stadtverbindenden Linien zu streichen, lösen in Essen Kopfschütteln aus. Der in Mülheim offenbar diskutierte Plan, die stadtgrenzenüberschreitende Straßenbahnlinie 104 schon nach der Kommunalwahl im September 2020 einzustellen, ist in der Essener Politik auf Kopfschütteln gestoßen. "Ein Stück aus dem Tollhaus" - so urteilt Wolfgang Weber, SPD-Ratscherr und Aufsichtsrats-Chef der Ruhrbahn: Dass in der gemeinsamen Essen-Mülheimer Verkehrsgesellschaft Ruhrbahn der eine Partner den Nahverkehr ausbauen wolle, "und die anderen machen genau das Gegenteil" - das sei niemandem mehr zu vermitteln, so Weber."

Das Desaster mit dem Kirchturms-ÖPNV im Ruhrgebiet:

"Verkehrschaos zwischen Rhein und Ruhr - Kein Konzept für Bus und Bahn"

Titel eines Beitrags vom 13.3.19 im ZDF in Frontal 21

Es sind längst Binsenweisheiten, dass 1.) die Zersplitterung des ÖPNV im Ruhrgebiet ein wesentlicher Standortnachteil ist und 2.) dass die vorherrschende Kirchturmspolitik von allesamt hoch verschuldeten Teilstädten die überfällige Fusion der diversen Nahverkehrsgesellschaften verhindert, soweit und solange nur möglich.

Deshalb kann und wird eine wirkliche Verbesserung nur möglich sein, wenn die Landesregierung die Initiative aktiv in die Hand nimmt.

Der ZDF-Beitrag zum miserablen ÖPNV im Ruhrgebiet bzw. in der Metropole Ruhr wiederholte genau das, was die MBI seit über 10 Jahren immer wieder bemängeln. Seit Jahren fordern wir, dass die fatale Kirchturmpolitik im ÖPNV beendet werden muss, weil sehr teuer und gleichzeitig wenig effektiv, solange jede Teilstadt nur ihr eigenes Süppchen kocht. Eine Verkehrswende, die zukünftig mehr als die im Bericht genannten heutigen nur 10% der Pendler in der 5-Mio-Metropole Ruhrgebiet befördern werden muss, wird nie und nimmer gelingen, wenn die 13 Einzel-Verkehrsgesellschaften nicht endlich fusioniert werden und nur ein einziger für alle gültiger Nahverkehrsplan erstellt wird.

Von sich aus werden die Kirchtürme das nicht tun. Meoline, VIA waren 2 zuletzt gescheiterte, ausgesprochen halbherzige Kooperationsversuche im westlichen Ruhrgebiet (DU+E+MH+OB) mit bereits über 1,5 Mio. Einwohnern. Erst Oberhausen und dann Duisburg stiegen aus. Auch die Ruhrbahn, als gemeinsame Gesellschaft nun nur noch von Essen und Mülheim ist nix Ganzes und nix Halbes (außer bei den erhöhten Chefgehältern für Feller und den Mülheimer ex-Kämmerer Bonan"opulos"!).

Mülheim als kleine Großstadt mittendrin hat dabei selbst im Ruhrgebietsvergleich den teuersten und gleichzeitig ineffektivsten öffentlichen Nahverkehr. Seit Jahren drehen sich nahezu alle Mülheimer ÖPNV-Diskussionen im Kreise mit Orgien von Gutachten für viel Geld, alle mehr oder weniger für den Papierkorb. Zukunftsträchtige Überlegungen für die notwendige Verkehrswende sind dagegen noch nicht in Sicht! Deshalb:

Die Landesregierung muss den Zusammenschluss der ÖPNV-Gesellschaften des Ruhrgebiets aktiv forcieren, denn eine wirkliche Verbesserung wird anders nicht möglich sein. **Mülheim z.B. als heillos überschuldete Stadt mittendrin mit einem desolaten ÖPNV sollte dem Land signalisieren, dass man bereit ist, und zwar jetzt und nicht erst auf St. Nimmerlein. Dazu hatten die MBI Mitte 2018 erneut einen Antrag für Mobilitätsausschuss und Rat gestellt., Doch der Ausschuss weigerte sich, darüber abzustimmen und im Rat wurde der Antrag gleich von der TO verbannt!**

Mehr zum Thema auch in einem 45-minütigen Fernsehbericht des WDR vom 15.9.14: **"DieStory - Endstation - Kollaps im Nahverkehr"** auf youtube anzuschauen über den MBI-Kanal



Mülheimer ÖPNV-Desaster und leicht manipulative Medien?

Das nicht mehr zu leugnende Mülheimer ÖPNV-Desaster + die Medien: Seriösität Fehlanzeige?

In seinem Wochenkommentar am 4.5.19 *„Unangebrachte Medienschelte“* bezog sich der Redaktionsleiter der lokalen Mülheimer WAZ auf den unten stehenden kritischen MBI-Beitrag und er schrieb u.a.:

„Nun muss an dieser Stelle einmal aufgeräumt werden mit öffentlicher Medienschelte gegenüber dieser Zeitung, die sich MBI-Fraktionschef Lothar Reinhard diese Tage in einem Newsletter leistete: Die MBI hatte der WAZ ein brisantes Schreiben der Bezirksregierung zur Verfügung gestellt, in dem der Düsseldorfer Verkehrsdezernent sich äußerst kritisch zum Plan geäußert hatte, den Kahlenbergast der Linie 104 stillzulegen. Dass wir nicht sofort berichtet haben, hängt allerdings nicht damit zusammen, dass, wie Reinhard in seinem Schmähbrief behauptete, der Bericht eines Kollegen „anscheinend zurückgehalten (Wurde) von seinem Redaktionsleiter“. Es lag allein in der journalistischen Sorgfaltspflicht begründet: Es galt der Ruhrbahn Raum zu geben für eine Stellungnahme. Der Nahverkehrsbetrieb brauchte lange, um schließlich – leider – nichts zu sagen.“

Die Redaktion verwehrt sich gegen die Vorwürfe von Lothar Reinhard.“

Fast 2 Wochen hat die Mülheimer WAZ gebraucht, um einen Artikel zu den hochbrisanten ÖPNV-Plänen im herunter gewirtschafteten Mülheim zu machen. Dabei hatte ein WAZ-Redakteur das Schreiben des RP an die MBI (s.u.) bereits vorab exklusiv bekommen, doch er wurde anscheinend zurückgehalten von seinem Redaktionsleiter, weshalb die MBI dann später unten stehende Mitteilung mit dem Anhang des RP-Schreibens an die Lokalmedien und auch an die gesamte WAZ-Redaktion schickten. Der Redakteur machte daraufhin noch einen zusätzlichen Termin mit dem MBI-Nahverkehrsexperten an Gründonnerstag und am Freitag in der darauffolgenden Woche erschien dann der Artikel: „Steht die Linie 104 vor dem Aus?“ Schon die Überschrift zeigt den gesamten Versuch der deutlichen Verengung der Thematik durch die Lokalredaktion, denn das irrwitzige Vorhaben der Stadt mit der geplanten Stilllegung auch der 104 ist seit mindestens 5 Jahren immer wieder Thema und bereits mehrfach hat der RP sagen müssen, dass hohe Rückzahlungen anstünden.

Bus statt Bahn – Kürzen ohne Plan?
Diskussionsveranstaltung
 mit dem renommierten Verkehrswissenschaftler
Prof. Heiner Monheim
 (Universität Trier)
am Mi., 14.09.
19.00 Uhr im
Handelshof
 Blauer Saal

Mülheimer Bürgerinitiative
MBI

Seit Frau ex-OB Mühlenfeld (SPD) mit ihrem damaligen Referenten Mendack (heute Kämmerer) in 2011 einen „Systemwechsel“ beim ÖPNV verkündeten, sprich „Bus statt Bahn“, wurden bereits Bahnen stillgelegt wie der Flughafenast der 104 (illegal und bei Nacht und Nebel), sodann der Nordast der 110. Eingespart wurde nichts, im Gegenteil. Für inzwischen fünf sauteure Gutachten für diesen Irrweg des „Systemwechsels“ wurden Millionen verballert, alle für den Papierkorb. **Und nun ist die nächste Runde von Salamtaktik angekündigt in**

der Hoffnung, dass das Land auf Rückzahlungen nach Recht und Gesetz einfach verzichtet, weil Mülheim doch so pleite ist (richtiger abgewirtschaftet hat).

Der gesamte WAZ-Artikel befasste sich fast überhaupt nicht mit dem Schreiben des RP inkl. z.B. des großen Skandals, dass die Straßenbaumaßnahme „Ruhrbania Baulos 1“ mit Einbeziehung und Überbauung der Ruhrstr. als Hauptverkehrsstr. nicht unwesentlich über ÖPNV-Zuschüsse als „Beschleunigung der Straßenbahnlinie 110“ finanziert wurde, aber seit 2008 (!) bis heute nicht abgerechnet ist! Mit den MBI-Argumenten befasst sich die WAZ fast überhaupt nicht. Das ist bereits schlechter Journalismus. Im Netz war der Artikel dann bereits nach wenigen Stunden wieder verschwunden und selbst im WAZ-Archiv nicht mehr auffindbar. Dafür kommentierte der Chefredakteur dann in seinem Samstagskommentar die Misere so: *„Andere Städte investieren in den Nahverkehr, schließlich will das Klima gerettet werden. Mülheim klinkt sich aus: Die Stadt will massiv sparen. Jetzt sickern die ersten Pläne zur Umsetzung durch: Es soll die Straßenbahnlinien treffen“* Das gleiche hat die WAZ alleine in den letzten 3 Jahren mindestens 10mal geschrieben.

Nur ja sich nicht mit vorliegenden Fakten und Aussagen ernsthaft befassen und nur der vorherrschenden Logik folgen, so sehr dies auch längst bekannter Unfug sein mag. Und ja das Grundübel der Kirchtürmelei außen vor lassen. Alles andere könnte nicht zuletzt den von der WAZ bevorzugten lokalen Grünen schaden. **Nein, die irgendwie verirrten Medien verbreiten keine richtigen Fake News, sie versuchen nur, das Gesamtbild so zu manipulieren, dass weder die schweren Fehler der Vergangenheit, noch das wirre Durcheinander der Gegenwart inkl. der massiven Rechtsbrüche erkennbar werden.**

Leider ist das unverkennbare ÖPNV-Desaster in der Katastrophengstadt mit Ruhr nicht das einzige Beispiel, bei dem man an Seriösität und journalistischer Sorgfaltspflicht der Lokalmedien inkl. des WDR-Fernsehen mitunter stark zweifeln bis verzweifeln kann.

MH, 28.4.19: L. Reinhard, MBI-Fraktionssprecher

"Fridays for Future" und die Mülheimer Realitäten

Nach dem Biodiversitätsbericht der Vereinten Nationen vom 6. Mai sahen sich die Mitglieder der Fridays for Future- und Parents for Future-"Bewegungen" auch in Mülheim in ihrem Protest bestätigt. Auch die Mülheimer Politik zeige mit den jüngsten Vorschlägen zu Einsparungen beim ÖPNV, dass die Klimaschutzbestrebungen der Stadt noch zu wünschen übrig lassen. Deshalb rief die Fridays for Future-Bewegung Mülheim zur Demo am 10. Mai um 15 Uhr auf, um im lautstarken Streik nicht nachzulassen. Nur wenige nahmen teil, auch wegen des regnerischen Wetters. Ob die von den Grünen dominierte FFF-MH realisiert hat, dass ihre "Mutterpartei" wesentlich beteiligt ist an den örtlichen ÖPNV-Zerstörungsplänen, erscheint fraglich, auch weil die Lokalmedien das verschweigen. Über die Verirrungen der örtlichen SPD muss man ohnehin kein Wort mehr verlieren. Bisher stehen die MBI bzgl. des ÖPNV jedenfalls ziemlich alleine.

CO2-Steuer? Wozu noch eine weitere Verbrauchssteuer?

Klimaschutz nur Vorwand für drastisch erhöhte Benzinsteuern?

Ganzseitiger WAZ-Artikel am 25.4.19 : *"Kommt die CO2-Steuer? Kohlendioxid gilt als einer der Hauptverursacher des Klimawandels. Die Politik denkt nun über eine CO2-Steuer nach. Die Kanzlerin spricht davon, ebenso alle Parteivorsitzenden, sogar Wirtschaftsvertreter und Experten für Klimaschutz sowieso: Die Rede ist von einem Preis für CO2. Das Gas gilt als einer der Hauptverursacher für den Klimawandel, weshalb alle internationalen Klimaabkommen darauf abzielen, es zu reduzieren. Da das freiwillig kaum zu schaffen ist, wird immer lauter über stärkere finanzielle Anreize diskutiert. ...Das Umweltministerium soll den Schaden, den eine Tonne CO2 verursacht, mit 180 € berechnet haben. Ein Liter Sprit würde nach dieser Kalkulation sofort 50 Cent teurer*"

Die sog. „Verschmutzungsrechte“ für Industrie, Kraftwerke und Versorger inkl. des zugehörigen „Emissionshandels“ gibt es insbesondere in der EU schon seit mindestens 1 Jahrzehnt. Unabhängig davon, dass dies vom Grundsatz her bereits etwas absurd und im globalisierten Turbokapitalismus ziemlich realitätsfern bis pervers ist, hat es nie wirklich funktioniert. Doch egal, jedenfalls kann es bei den neuerlichen Rufen nach einer CO2-Steuer darum nicht gehen, weil man diesen sog. Emissionshandel nur zu reformieren bräuchte, aber mit Rücksicht auf bestimmte Lobbyisten nicht will. **Worum geht es also wirklich?**

In Berlin sucht man anscheinend neue Einnahmequellen. Weil man in der EU von den neuen Multimilliardären (z.B. Bezos, Zuckerberg, Musk u.v.m.) keine ernsthaften Steuern erheben will, werden die Geldquellen bei der Masse gesucht. **Nachdem eine drastische Benzinpreiserhöhung als zusätzliche Steuereinnahme in Frankreich voll in die Hose ging**, will man den lammfrommen Deutschen das gleiche anders verpackt aufbürden. Dafür wird seit Wochen alles auf Apokalypse und Weltuntergang vorgegaukelt, denn dagegen darf keine/r mehr was sagen. **Wollte man wirklich die überbordende Auto- und die noch drastischere LKW-Flut angehen, hätte man längst den öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie den Güterverkehr auf Schienen verbessert, Stadtplanung verändert und die ausufernden Zustelldienste u.a. für ebay, Amazon oder Alibaba mit drastischen Steuern belegt.**



Wenn u.a. der CO2-Ausstoß beim Stromverbrauch wirklich reduziert werden wollte, hätte man z.B. irrsinnige Stromfresser wie die Bitcoins aus den Märkten verbannt, denn die verbrauchen in kurzer Zeit mehr Strom als ganze Volkswirtschaften im Jahr., nur für ein paar Börsenspekulanten Wohin führt der bisherige Entwicklungsweg? Eine kleine Schicht Privilegierter wird sich u.a. die teuren E-Autos gönnen und den Großteil der Gesellschaft zum Verzicht aufrufen. Wenn diese nicht folgen, werden sie ausgegrenzt, vergleichbar mit den Robespierre-Exzessen der franz. Revolution, als im Namen der „Tugend“ alle verschwinden sollten, die nicht so „tugendhaft“ waren oder der herrschenden Clique im Wege stand. Danach jubelten die meisten Franzosen erleichtert dem kriegslüsteren Napoleon zu.

Moderne "Tugend" beruft sich auf vage „europäische Werte“ oder proklamiert durch eine konzeptlose Energie- und Verkehrswende die angeblichen Rettung des Planeten, denn „we have no Planet B“. (Läßt den Blödsinn nicht Mutter Sonne hören, sonst bekommt sie so heftig Sonnenflecken, dass sie den Miniplaneten mit seinen gottähnlichen Apologeten in die Urzeit zurückversetzt mit endlos vielen Vulkanausbrüchen o.ä.)

Fazit: Wenn die GroKosianer plus Grünen+Linken die Benzinsteuer erhöhen wollen, sollen sie das tun, aber wenigstens ehrlich sagen wofür. Das Gerede drumherum als Rechtfertigung und Augenwischerei hilft aber wenig zur "Rettung des Weltklimas" und ebensowenig zu einer Verkehrswende, solange nicht an die wirklichen Ursachen herangegangen wird.

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Ist Mülheim noch zu retten?

Oder sollte man Mülheim besser auf die Nachbarstädte aufteilen?

Nach der Alibi-Veranstaltung zu der Grundsteuererhöhungssorgie am 7. Mai in der Realschule Stadtmitte müsste man als Fazit eigentlich am ehesten darüber nachdenken, wie diese kleine Großstadt inmitten von größeren Großstädten am sinnvollsten auf die Nachbarstädte aufgeteilt werden könnte. Etliche Probleme würden dann von selbst reduziert. Die Stadt mit der höchsten NRW-Pro-Kopf-Verschuldung hat nämlich erkennbar kein irgendwie geartetes Konzept, wie sie in ihrer Extrem-Verschuldung auch nur auf das Niveau der anderen verschuldeten Ruhrgebietsstädte herunter kommen können will.



Eine Dame brachte es auf den Punkt, als sie feststellte, der Hauptmangel bestehe im vollständigen Fehlen jeder Zukunftsvision. Ein älterer Herr, der selbst schon über 60 Jahre Mülheimer ist, wollte wissen, ob er denn seinen Kindern und Enkeln zum Wegzug raten solle, wenn eine Gesundung und Sanierung der desolaten Stadtfinanzen auf Jahrzehnte hin bereits unmöglich sei.

Ansonsten stellten der Kämmerer (lang und breit mit uraltem PP-Vortrag), sowie die Vertreter der Kenia-Koalition, die mit dem Beschluss zu der exorbitanten Grundsteuererhöhung um 39% vielen Bürgern überfallartig massiv vor den Kopf gestoßen hat, den Beschluss dazu als alternativlos hin und der Kämmerer war sich nicht einmal zu schade, das auch noch als quasi-Wohltat hinzustellen, denn man habe verhindert, dass der Grundsteuerhebesatz sogar von 640 auf 1100 oder mehr % angehoben werden musste. Na denn

Die Aula war nur etwas mehr als zur Hälfte gefüllt und davon viele Ratsmitglieder. Das verwunderte wenig, denn eine solche Bürgerversammlung wäre vor der Ratsentscheidung im Dezember, auch noch per Tischvorlage, sinnvoll gewesen. Doch egal, denn viele anwesende Bürger zeigten in ihren Beiträgen ein zumeist hohes Maß an Sachkompetenz.

Doch in Mülheim sind nicht nur die Finanzen zerrüttet, auch die lokale Demokratie hat schon länger einen Tiefpunkt häufig unterschritten.

Wenn z.B. der Mülheimer Rat aufgeteilt würde auf fiktiv z.B. die BV 8 in Essen, die BV 4 in Oberhausen und die BV 5 in Duisburg o.ä. könnte einiges Geld gespart werden und der Wiederbelebung der schwer kränkelnden Mülheimer Demokratie könnte das nur guttun.

Doch: Die Vorstellung, MH-Styrum käme zu OB-Styrum, MH-Dümpten z.T. zu Borbeck-Dümpten und der Rest zu OB-Dümpten, Broich/Speldorf zu Duisburg, Mintard zu Kettwig, Saarn/Selbeck zu Ratingen, Heißen/Heimaterde zu Essen usw., ist „natürlich“ z.Zt. noch völlig unrealistisch, halt nur eigentlich

P.S.:

Aus der Innenstadt als Rest könnte man eine Art Freiluftmuseum machen, wo Studiengruppen und Delegationen von nah und fern demonstriert und erläutert werden könnte, was und wie man fast alles in der Stadtplanung falsch machen kann. In der VHS in der MüGa und in der HRW-Hochschule könnten dann im Anschluss Visionen einer zukunftsfähigen Stadt entwickelt werden.

Auf der Bürgersammlung war die "Politik" zwar mit 10(!) wichtigen Ratsmenschen im "Podium" vertreten, aber real nur bloße Kulisse in der Auseinandersetzung zwischen Bürgern und Kämmerer/OB, wobei insbesondere der Kämmerer sich genötigt fühlte, zu jedem Bürgerbeitrag seinen Kommentar abzusondern. All das beschreibt gut die desolate Lage der "Politik", der von der Bürgerschaft gewählten Vertreter im Verhältnis zur Verwaltung, d.h. der in Mülheim so üppigen Bürokratie.



Perspektivloses und z.T. unrichtiges Geplappere von Kämmerer Mendack

In seinem langen (und langweiligen) powerpoint-Vortrag zur Einführung versuchte der Kämmerer mit altbekannten Zahlen sowie einem angeblichen RP-Zitat die völlige Alternativlosigkeit der "Spar"-beschlüsse von Dez. erneut darzulegen. Ein Sparkommissar aus Düsseldorf hätte demnach als einziges eine noch höhere Grundsteuererhöhung befohlen und sonst nichts. Der Mülheimer Haushalt aber sei deshalb genehmigungsfähig, weil neben der Grundsteuer auch 7 Mio. beim ÖPNV und weitere 2,5 bzw. ab 2023 sogar 6 Mio. beim Personal eingespart würden. "Natürlich" kein Wort dazu, dass die bisher andiskutierte ÖPNV-Streichliste völlig unrealistisch ist und sogar noch mehr Schulden erzeugen würde, kein Wort auch dazu, dass keine geänderte Personalpolitik erkennbar ist, weil wegen des Ausbleibens eines Sparkommissars weiter nach den "Bedürfnissen" der Mülheimer Verwaltung neue Stellen am Fließband geschaffen werden können, wie gehabt immer in toto mehr, als eingespart werden. So entpuppt sich die Mülheimer Haushaltslogik als das Gleiche wie im Jahrzehnt zuvor. Hauptsache, wieder ein Jahr gewonnen und Weitermachen wie bisher. Nur halt mit immer größeren Gesamteinnahmen. Betrogen diese in 2012 "nur" 574 Mio., so waren sie in 2018 bereits um über 30% auf 750 Mio. gestiegen und sie sollen 2019 dann ca. 815 Mio. betragen, also noch einmal 9% mehr.

Mülheim hat kein Einnahme- sondern ein drastisches Ausgabenproblem!

Was außer der schon von Mühlenfeld/Bonan jährlich neu aufgelegten Märchen und Legenden zur Mülheimer Haushaltskatastrophe bei Mendack besonders und zusätzlich verärgerte, war, dass er, auch ohne rot zu werden, mitunter verschiedene Zahlen behauptet, die nachweislich falsch sind, nur weil das ihm gerade in den Kram passt oder er es vielleicht auch nicht besser weiß, obwohl aus seinem Resort. So wurde z.B. die Erhöhung der Grundsteuer um unverhältnismäßige 39% beschlossen, womit 16,2 Mio. zusätzlich in den Haushalt fließen sollten. In Mendacks Liste waren es nur 12,5 Mio., also nur der Betrag, der zusätzlich zu den erst nur geplanten 9,4%-Erhöhung erzielt werden könnte.

Verschiedene Bürger regten an, den Verkauf der RWE-Aktien in ein Haushaltssanierungskonzept einzubeziehen, nachdem das über viele Jahre sträflich und grundsätzlich abgelehnt worden war, u.a. um Frau Mühlenfelds Posten im erlauchten RWE-Aufsichtsrat nicht zu gefährden. Nun behauptete Mendack "kackfroh", das wäre ein Minusgeschäft, weil die Dividende von jährlich 3% viele Millionen Einnahmen garantieren würden, während beim Verkauf laut RP alles in Schuldentilgung fließen müsste. Damit würde sich die bilanzielle Überschuldung lediglich von jetzt 500 Mio. auf genau 409 Mio. reduzieren, während gleichzeitig ein millionenschweres Einnahmedefizit entstünde. Richtig aber ist: 1.) Die Dividenden-Erlöse fließen nicht in den Kernhaushalt, sondern in die ausgegliederte BHM (Beteiligungsholding) 2.) Die RWE-Dividende betrug schon seit 2011 keine 3% mehr, in 2014+2015 1 Euro, in 2016 und 2017 sogar 0%. Für 2018 beschloss die Hauptversammlung kürzlich wie vorher angekündigt eine Dividende von 0,70 Euro je Aktie auszuschütten. Ein Jahr zuvor waren es 1,50 Euro pro Papier, allerdings nur als Sonderdividende im Zusammenhang mit Rückzahlungen der zu Unrecht gezahlten Atombrennelementesteuern. Für das Geschäftsjahr 2019 wolle RWE 0,80 Euro an seine Anteilseigner ausschütten. 3.) Die bilanzielle Überschuldung der Stadt Mülheim betrug mit der Jahresabrechnung des Hauses Mendack zum 31.12. 2018 gigantische 619 Mio. Euro! Die gesamte dicke Unterlage zum "Jahresabschluss 2018" wurde den Fraktionen am Tag vor der Bürgerversammlung zugestellt. Wieso Kämmerer Mendack dazu öffentlich derartige Fantasiezahlen einfach behauptet, ist schleierhaft. Er müsste es besser wissen und wenn nicht, dazu schweigen. Außerdem wollte er den Bürgern sogar noch weismachen, Aktienbesitz habe anders als Zins- oder Währungswetten nichts mit Spekulation zu tun. Selbst wenn er selbst auf 3% Dividende in irgendwelcher fernen Zukunft spekulieren sollte, so ist das Doch egal.

Jedenfalls hat Mendack deutlich gemacht, dass er als ehemaliger Beschäftigter im Personalamt und danach zum Referenten von OB Mühlenfeld aufgestiegen, halt kein Experte für Haushaltsplanung und -sanierung ist, ähnlich wie sein Vorgänger Bonan als vorzeitig zum ÖPNV-Geschäftsführer aufgestiegener SPD-Kollege alles andere als Nahverkehrsexperte ist. Und vor Bonan war Bultmann Kämmerer, eine Katastrophe!